



CLAIM Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit –Friedrichstrasse 206 – 10969 Berlin
An die Bundesregierung
An das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Offener Brief: Forderung nach der Einrichtung einer Expert*innenkommission „Antimuslimischer Rassismus“

19. Juni 2019

Sehr geehrte politisch Verantwortliche,

wir, die unterzeichnenden Personen, Organisationen und Netzwerke, sind in großer Sorge angesichts des zunehmend offen zutage tretenden antimuslimischen Rassismus in Deutschland und der alltäglichen Gewalt gegen Muslim*innen und Menschen, die als solche wahrgenommen werden, sowie deren Einrichtungen und bitten Sie dringend, tätig zu werden. Bitte unterstützen Sie unser Anliegen einer Einrichtung einer unabhängigen Expert*innenkommission „Antimuslimischer Rassismus“.

Diverse Umfragen und Studien belegen, dass islamfeindliche und antimuslimische Einstellungen in Deutschland sich seit Jahren auf einem hohen Niveau bewegen: 2015 sagten 57 Prozent der nicht-muslimischen Befragten einer Studie der Bertelsmann Stiftung, dass sie den Islam für bedrohlich oder sehr bedrohlich halten. 2016 wurde im Rahmen der Leipziger Mitte-Studie festgestellt, dass sich jede*r zweite Befragte durch Muslim*innen manchmal „wie ein Fremder im eigenen Land“ fühlt (2009 noch 32,3 Prozent) und 41,4 Prozent sich dafür aussprechen, Muslim*innen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen (2009 noch 25 Prozent). Muslim*innen werden offen als „Problemgruppe“ wahrgenommen - antimuslimische Ressentiments kommen aus der Mitte der Gesellschaft.

Mit umso größerer Sorge stellen wir fest, dass Muslim*innen nicht nur durch islamfeindliche Debatten und antimuslimische Diskurse ausgegrenzt und verletzt werden, sondern selbst Kinder tätlich angegriffen werden. Immer mehr Menschen sehen sich durch islamfeindliche Debatten und Diskurse ermutigt, Muslim*innen und Menschen, die sie für solche halten, zu beleidigen, zu diskriminieren oder tätlich anzugreifen. Erst im Februar dieses Jahres wurden mehrere Mädchen muslimischen Glaubens in Berlin Opfer islamfeindlich motivierter tätlicher Angriffe.

Im Jahr 2017 sind laut Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat 1.075 islamfeindliche Straftaten zu verzeichnen gewesen. Laut der Mitteilung des Bundesministeriums des Innern, für Bau

und Heimat wurden im Jahr 2018 910 islamfeindliche Straftaten gezählt; die Zahl der dabei Verletzten hat deutlich zugenommen und lag 2018 bei 74 Personen (2017 waren es noch 56).

Es ist davon auszugehen, dass die offizielle Statistik dabei noch nicht das wahre Ausmaß des antimuslimischen Rassismus abbildet. Angesichts der weit verbreiteten antimuslimischen Ressentiments quer durch alle Bevölkerungskreise ist davon auszugehen, dass die Sensibilität und Schulung der ermittelnden Instanzen (noch) nicht so weit entwickelt ist, dass antimuslimische Straftaten umfassend erkannt werden. Die Alltäglichkeit antimuslimischer Erfahrungen wiederum und die Unkenntnis über entsprechende Diskriminierungsverbote tragen ebenfalls dazu bei, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegt.

Die antimuslimischen Anschläge in Christchurch und die starke Zunahme islam- und muslimfeindlich motivierter Übergriffe auf Menschen und muslimische Einrichtungen in Deutschland müssen ein Weckruf für Sie als politisch Verantwortliche sein. Zur wachsenden Islam- und Muslimfeindlichkeit in Deutschland herrscht bislang weitestgehend politisches Stillschweigen. Auch in den öffentlichen Diskussionen um Muslim*innen, in denen sie meist als potentielle Täter*innen diskutiert werden, bleibt in der Regel unerwähnt, dass die meisten Muslim*innen rechtschaffene Bürger*innen sind, sich von Straftaten distanzieren und selbst täglich Opfer von Beleidigungen, Angriffen und Übergriffen werden.

Die Initiative der Bundesregierung, das Engagement zur Prävention von Islam- und Muslimfeindlichkeit auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen durch Programme wie das Bundesprogramm "Demokratie leben!" zu fördern, begrüßen wir. Gleichzeitig bedarf es einer Intensivierung dieses Engagements. Auch der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus aus dem Jahr 2017 ist positiv zu bewerten, dieser lässt aber konkrete Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus vermissen. Wenn die Regierung hierzu keine klare Haltung einnimmt und nicht handelt, wird sich die Gesellschaft weiter spalten. Hass und Gewalt in Form von antimuslimischem Rassismus und islamfeindlich motivierten Angriffen und Übergriffen sind nicht allein ein Problem der muslimischen Bevölkerung, sondern als gesamtgesellschaftliches Problem einzuordnen und ein Angriff auf unsere Demokratie als Ganzes. Antimuslimische Einstellungen und Diskurse stigmatisieren nicht nur Muslim*innen und verletzen sie in ihren Grundrechten. Sie sind mehr und mehr der gesellschaftliche Türöffner für autoritaristische, rassistische und demokratiefeindliche Haltungen.

Als Akteure, die zu Islam- und Muslimfeindlichkeit forschen, politische Bildungsarbeit zu Islam- und Muslimfeindlichkeit/antimuslimischem Rassismus, Radikalisierungsprävention sowie Beratung von Betroffenen bundesweit leisten, wenden wir uns deshalb an Sie:

Wir fordern Sie zur Einrichtung einer unabhängigen Expert*innenkommission „Antimuslimischer Rassismus“ auf.

Im Einzelnen soll die Expert*innenkommission:

- sich mit den Erscheinungsformen von Islam- und Muslimfeindlichkeit/antimuslimischem Rassismus auseinandersetzen
- eine Bestandsaufnahme zu Erscheinungsformen und Folgen von antimuslimischem Rassismus in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen durchführen und wissenschaftliche Expertisen zur Situation von Muslim*innen in Deutschland entwickeln. Erforderlich ist eine Ausformulierung wissenschaftlicher Fragestellungen und Arbeitsaufträge insbesondere in den Bereichen:

- Datenerfassung, Dokumentation und Auswertung islamfeindlich/antimuslimisch motivierter Straftaten
- Antimuslimischer Rassismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit in den Medien
- Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt
- Diskriminierung im Bildungswesen
- Diskriminierung bei der Wohnungssuche
- handlungsbasierte Strategien entwickeln, die dem Phänomen der wachsende Islam- und Muslimfeindlichkeit/antimuslimischem Rassismus intersektional sowie im Zusammenspiel mit anderen Formen von Diskriminierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit etwas entgegensetzen und als konkrete Empfehlungen für Bund und Länder dienen
- einen umfassenden Bericht zu Fragen der Diskriminierung und zur Umsetzung der Gleichberechtigung der Muslim*innen in Deutschland mit konkreten Arbeitsaufträgen erarbeiten; dieser Bericht soll die Grundlage für die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus durch Bund, Länder und Zivilgesellschaft bilden.

Die Forderung nach einer Expert*innenkommission ist flankierend zur Forderung nach einer/eines Beauftragten gegen Antimuslimischen Rassismus zu sehen. Die Einrichtung einer Expert*innenkommission stellt einen ersten Schritt dar, um das Ausmaß des antimuslimischen Rassismus zu erfassen. Weitere Maßnahmen werden erforderlich sein, um Muslim*innen vor Rassismus zu schützen. Es liegen bereits Erfahrungen vor, wie andere gesellschaftlich diskriminierte Gruppen geschützt werden. Darauf können Beauftragte gegen antimuslimischen Rassismus und/oder für Gleichstellungsmaßnahmen von Muslim*innen zurückgreifen. Die Expert*innenkommission soll aus unabhängigen muslimischen und nichtmuslimischen Sachverständigen zusammengesetzt werden und muss autark und unabhängig sein.

Wir bitten Sie, als politisch Verantwortliche angesichts der immer gefährlicher werdenden Situation für Muslim*innen in Deutschland dringend darum, die Expert*innenkommission „Antimuslimischen Rassismus“ einzurichten. Wir sehen die Einrichtung als einen ersten Schritt auch auf Bundesebene einen Beitrag dazu zu leisten, dass antimuslimischer Rassismus in Deutschland nachhaltig bekämpft und Ressentiments gegenüber Muslim*innen der (gesellschaftliche) Nährboden entzogen wird.

Bitte verstehen Sie diese Aufforderung auch als Ermutigung, hier gemeinsam mit den Unterzeichner*innen dieses Briefes anzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Unterzeichnende Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Bildungspraxis und Zivilgesellschaft sowie Organisationen/Netzwerke

CLAIM –Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit:

- Aktionsbündnis muslimischer Frauen in Deutschland e.V.
- AntiDiskriminierungsBüro Köln/ ÖgG e.V.
- Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (ADNB des TBB)

- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
- AWO Arbeit & Qualifizierung gemeinnützige GmbH Solingen--Projekt "Nicht in meinem Namen!"
- Al-Etidal Bremen – Gegen Radikalisierung & Extremismus
- Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS)
- Aktionsbündnis muslimischer Frauen in Deutschland e.V.
- Abrahamisches Forum
- Breaking Up
- Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFmF e.V.)
- Bildungsteam Berlin-Brandenburg
- FAIR international e.V.
- Interkulturelles Institut für Inklusion e. V. (I.I.I. e. V.)
- Inssan e.V.
- Islam im Saarland – saarländischer Islam!? (isaar)
- JUMA – jung, muslimisch, aktiv
- Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V. (KlgA e.V.)
- La Red e.V.
- Minor
- Muslimische Jugend in Deutschland e.V.
- Mosaik e.V.
- Muslimrat München e.V.
- Rat muslimischer Studierender und Akademiker
- RAHMA – Muslimisches Zentrum für Mädchen, Frauen und Familie e.V.
- Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus
- Ufuq.de
- WoW – With or Without e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V. Geschäfts- und Beratungsstelle Leipzig
- Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e.V. (ZEOK e.V.)
- 5hoch4 – Jugendclub im Netz

Weitere zeichnende Organisationen (in alphabetischer Reihenfolge)

- Bunt-GRÜN, Empowermentnetzwerk für People of Color und Schwarze Menschen bei B90/Die Grünen Berlin
- Forum der Kulturen Stuttgart e. V.
- Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.
- MENTOR – Miteinander für Engagement, Toleranz und Respekt (Kulturwerkstatt e.V. Reutlingen)
- Salaam-Schalom Initiative
- Zentrum für Islamische Frauenforschung und Frauenförderung

Weitere Unterzeichnende (in alphabetischer Reihenfolge)

- Prof. Dr. Iman Attia, Alice Salomon Hochschule Berlin
- Prof. Dr. Sabine Achour, Professorin für Politische Bildung und Politikdidaktik an der Freien Universität Berlin
- Christine Buchholz MdB, Die Linke
- Ali Can, Autor und Leiter des VielRespektZentrums
- Hakan Demir, Mitglied im Landesvorstand der AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin
- Dr. Anja Feth, Referentin für Frauen- und Gesellschaftspolitik Bündnis 90/Die Grünen
- Prof. Dr. Naika Foroutan, Direktorin BIM und Leiterin DeZIM der Humboldt-Universität zu Berlin

- Prof. Dr. Karim Fereidooni, Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum
- Murat Gümüs, Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e. V.
- Werner Graf, Landesvorsitzender B90/Die Grünen
- Prof. Dr. Sabine Hess, Direktorin des Centers für globale Migrationsforschung an der Universität Göttingen
- Philip Husemann, Geschäftsführer Die Offene Gesellschaft
- Prof. Barbara John, Vorstandsvorsitzende Der Paritätische Berlin
- Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu, Universität Bremen, Vorsitzende des Rats für Migration e.V.
- Aiman A. Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland
- Prof. Dr. Paul Mecheril, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
- Katarina Niewiedzial, Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration
- Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer, Universität Osnabrück, IMIS
- Filiz Polat MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ansprechpartnerin für die Belange des Islam
- Ruprecht Polenz, MdB von 1994-2013, CDU
- Claudia Roth MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Prof. Dr. Werner Schiffauer, Kulturwissenschaftler, Ethnologe, Publizist
- Prof. Dr. Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung
- Hilal Sezgin, Publizistin
- Hakan Tas, MdA Berlin, Die Linke
- Prof. Dr. Bülent Ucar, Institut für Islamische Theologie, Universität Osnabrück